

Peter Th. Walther

Zur Zuwahlpolitik an der Akademie der Wissenschaften in Berlin 1945-1949

Die Handlungsfähigkeit einer gelehrten Gesellschaft - wie der Preussischen oder der Deutschen Akademie der Wissenschaften - hängt in entscheidendem Masse von dem Profil und dem Geschick ihrer aktiven Mitglieder ab; vorausgesetzt, alle Beteiligten kennen die Spielregeln und bemühen sich, sie einzuhalten.

Als die Akademie, oder besser die kleine Zahl ihrer Mitglieder, die sich im ersten Friedenssommer in und bei Berlin wiederfanden und rüstig genug waren, sich an der Arbeit ihrer Akademie weiterhin zu beteiligen, als also die Akademie im Sommer 1945 ihre Arbeit wiederaufnahm, bestanden keinerlei verbindliche Regeln. Preußen, der namensgebende Staat, hatte selbst als Behördenapparat aufgehört zu existieren, Reichsbehörden wurden allerorten abgewickelt oder lösten sich auf, die Alliierten Verwaltungen und ihre Anordnungen hatten andere Sorgen als sich um die Akademie zu kümmern; und der neuerdings zuständige Magistrat zeigte nur sporadische Neigungen, sich mit der Akademie zu befassen, wenn es nämlich darum ging, ihren Etat drastisch zu kürzen oder sogar völlig zu streichen.

Es zeigte sich aber bereits im Sommer und Herbst 1945, daß dieser auf den ersten Blick mißliche Zustand auf einer anderen Ebene erst einmal neue Handlungsspielräume eröffnete. Gerade weil die Abschöpfung naturwissenschaftlichen Forschungspotentials, die Kontrolle über die Hochschulen und Universitäten sowie Reformen im pädagogischen Bereich bei den Alliierten Militärverwaltungen Priorität genoß, blieb die Akademie erst einmal außerhalb des alliierten Blickfelds. Dementsprechend wenig interessierte sich der Magistrat für die Akademie: Kontakte bestanden wohl nur in Sachen Finanzen, Entnazifizierung und Akademiestatuten. Damit hatte die Akademie aufgrund ihrer wissenschaftspolitischen Marginalität für den Bereich ihrer Mitgliedschaftsregelung eine ungewohnte und unerhörte Autonomie erlangt, die sie allerdings vorerst nicht für Zuwahlen, sondern für Entnazifizierungsmassnahmen nutzte.

Etwa ein gutes Dutzend Akademiemitglieder - mehrheitlich Geisteswissenschaftler - bemühten sich, die Institution Akademie und ihre Mitgliedschaft derart zu modifizieren, daß sie den neuen weitgehend ungeklärten Bedingungen entsprechen könnte. Die vom Magistrat übermittelten diversen Entnazifizierungsvorschriften verflüchtigten sich in eigener Regie zu einer dramatischen Geste: "In acht Fällen, in denen an der Mitgliedschaft zur NSDAP und der politischen Haltung keine Zweifel bestehen konnte, (ist die Akademie) zu der Feststellung gelangt, daß diese bisherigen ordentlichen Mitglieder der Akademie der Wissenschaften nicht weiter angehören können", ließ man den Magistrat am 29. Juli 1945 wissen. Von diesen acht waren zwei bereits verstorben (Theodor Vahlen, Mathematiker und Ballistiker, 1937 gewählt und von 1938 bis 1943 der Akademie als "kommissarischer Präsident" aufgedrängt, und der 1942 als Historiker gewählte Friedrich Stieve, der eher als Kulturaußenpolitiker charakterisiert werden kann), und die anderen waren wegen ihrer Prominenz als Nazis im Wissenschaftssystem bekannt: der Mathematiker Ludwig Bieberbach, 1924 zugewählt, der Agrarpolitiker und Landschaftsplaner Konrad Meyer, wie die folgenden 1939 zugewählt, der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie Peter-Adolf Thiessen; der Rechtsphilosoph Carl August Emge, der Germanist Franz Koch, sowie der 1944 zugewählte Präsident des Reichsinstitutes für alte deutsche Geschichtskunde (*Monumenta Germaniae Historica*), Theodor Mayer. Im Dezember 1945 wurde - gewissermassen in Parallelität zu dem auf zehn Jahre in die Sowjetunion gehenden Thiessen - der (entlassene) Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Silikatforschung Wilhelm Eitel, der einem Ruf in die USA folgte, ausgeschlossen.

Es gab noch zwei weitere im Sommer 1945 angefertigte Listen mit Grenzfällen: einmal die mit den als "fraglich" bezeichneten Mitgliedern mit ursprünglich acht Namen, die schließlich auf zwei reduziert wurden: Von denen wurde der 1939 gewählte Luftfahrttechniker Friedrich Heinrich Seewald in Aachen gestrichen, während der 1942 in die Akademie aufgenommene Eisenbahnextperte Hans Nordmann von der Technischen Hochschule/Universität Berlin weiterhin Mitglied blieb und 1949 sogar Sekretar der Klasse für technische Wissenschaften wurde.

Ferner gab es eine Liste mit ursprünglich 19, dann reduziert 16 Namen von Mitgliedern, "deren Zugehörigkeit zur NSDAP oder politische Haltung eine Prüfung der Mitgliedschaft bei der Akademie nötig macht." Vier, in bei Berlin lebenden, teilte Präsident Stroux am 1. Februar 1946 mit, daß ihre Mitgliedschaft bis zur Entscheidung über ihren endgültigen

Status ruhe. Einer dieser vier war bereits am 14. Februar rehabilitiert, die anderen spätestens zur Wiedereröffnung der Akademie im Sommer 1945 (der Mineraloge Paul Ramdohr, 1936 zugewählt; der 1938 in die Akademie aufgenommene Ägyptologe Hermann Grapow, der 1930 zugewählte Assyriologe Bruno Meissner sowie der seit 1922 der Akademie angehörende Astronom Paul Guthnick). Ein weiterer Berliner Techniker und vormaliger Direktor eines AEG-Werkes, Ernest Anton Kraft, wurde dagegen gestrichen, bemühte sich dann aber mit Unterstützung seiner vormaligen Akademie-Klasse um seine Rehabilitation, die jedoch in der Verwaltung versickerte. Über die Nicht-Berliner auf dieser Liste wurde wohl 1946/47 und in einigen Ausnahmefällen erst kurz vor dem 200jährigem Jubiläum der Akademie 1950 entschieden: gestrichen wurden der 1937 zugewählte vormalige Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik Eugen Fischer, der 1942 aufgenommene Hochfrequenztechniker Abraham Esau und der 1936 in die Akademie gewählte Romanist Ernst Gamillscheg, der Anfang der Vierziger Jahre das Deutsche Wissenschaftliche Institut in Bukarest geleitet hatte, was ihn jetzt diskreditierte, und ausserdem der sonst bislang nirgends als NS-belastet aufgeführte Nachfolger Fischers im Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, der 1943 zugewählte Otmar Freiherr von Verschuer. Auch der Status zweier Österreicher wurde 1949/50 geregelt: der Ozeanograph Albert Defant, 1935 zugewählt, blieb Ordentliches Mitglied, und der Physiker Erwin Schrödinger, 1929 gewählt, 1940 als "Nichtarier" aus der Mitgliederliste gestrichen, wurde ab 1950 wieder als Ordentliches Mitglied geführt. Und dem 1939 aufgenommenen Frankfurter Germanisten Julius Schwietering wurde 1950 wieder definitiv der Status eines Ordentlichen Mitgliedes zugesprochen. Alle anderen Mitglieder, die als "fraglich" oder "zu überprüfen" kategorisiert waren, blieben auf der Mitgliederliste. Das sind - nach meiner Zählung - 15 Ausschlüsse von dreizehn lebenden Akademiemitgliedern von 76 möglichen Mitgliedern (nach dem Stand von 1945), und es ließ sich bislang noch nicht feststellen, welche elf dieser dreizehn 1950 zumindest formell noch auf ihre Bestätigung durch das Ministerium für Volksbildung warteten, wie das Jahrbuch der Akademie suggeriert.

Diese Flurbereinigung, deren Kriterien offensichtlich fließend waren, sollte auch unter dem Aspekt betrachtet werden, daß es im Interesse der Akademie sein mußte, möglichst viele aktive Berliner Mitglieder zu halten. Denn Überalterung mit einer ungewöhnlich hohes Todesrate in den ersten Nachkriegsjahren, kriegsbedingte Evakuierung aus Berlin und

nachkriegsbedingte Umzüge insbesondere in die drei Westzonen bündelten sich zu einem strukturell bedrohlichen Ergebnis: dem dramatischen Schrumpfen der Anzahl aktiver in Berlin verfügbarer Akademiemitglieder und dem Mangel akademiewürdiger Wissenschaftler im traditionellen Einzugsbereich der Akademie.

Das Thema Zuwahlen kommt Ende Januar 1946, also gleichzeitig mit der Dispensierung der Mitgliedschaft von vier vormaligen NSDAP-Mitgliedern, zur Sprache: und zwar beantragt Hans Stille, damals noch nicht Vizepräsident der Akademie, diejenigen in die Akademie aufzunehmen, deren Zuwahl nach 1933 aus "konfessionellen, rassistischen oder politischen Gründen gescheitert" sei, und schlägt namentlich Johann Kienle (Astrophysik), Wolfgang Heubner (Pharmakologie) und Max Volmer (Physikalische Chemie) vor. Auf der nächsten Sitzung des Plenums im Februar mit ganzen 15 anwesenden Mitgliedern werden Heubner und Kienle einstimmig gewählt. Und man verständigt sich darauf, daß Volmer und Adolf Spamer (Volkskunde), die 1933 bzw. 1938 gewählt, aber von Reichserziehungsminister Rust nicht bestätigt worden waren, seit ihrer Wahl als Ordentliche Mitglieder zu gelten haben, auch wenn sie erst ab 14. Februar 1946 in den Genuß der Dienstaufwandsentschädigung, also aus einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Haushaltstitel, kommen. (Volmer, bis 1945 Professor an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg, war allerdings im Herbst 1945 für zehn Jahre in die Sowjetunion gegangen; kurz nach seiner Rückkehr - an die Humboldt-Universität zu Berlin - wurde er 1955 zum Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften gewählt.) Das spricht übrigens dafür, daß in dieser Phase die Beziehungen zum Magistrat einigermaßen gut waren; zumal die Akademie wenig später beim Magistrat einen neuen Satzungsentwurf einreicht, "mit der Bitte, die Zustimmung der Besatzungsbehörde, falls erforderlich, zu erwirken."

Doch zurück zu den Zuwahlen: es war angesichts der Fälle Volmer und Spamer aufgefallen, daß die am 22. Februar 1945 gewählten korrespondierenden Mitglieder, der Klassische Philologe Karl Reinhardt in Frankfurt am Main und der Göttinger Historiker Percy Ernst Schramm, vom Reichserziehungsministerium, das damals noch mit voller Energie arbeitete, nicht bestätigt worden waren. Nun war allerdings bekannt, daß Schramm das Kriegstagebuch der Wehrmacht geführt hatte und deshalb Schwierigkeiten mit den britischen Besatzungsbehörden hatte, sodass man sich im Frühjahr 1946 in Berlin zu einer pragmatischen Lösung entschloß: Reinhardt galt als Korrespondierendes Mitglied, Schramm blieb ein unge-

klärter Fall. Der Leipziger Philosoph Theodor Litt, den man zum Festvortrag zum Leibniztag gewonnen hatte, wurde noch kurz zuvor, im Mai 1946, zum Korrespondierenden Mitglied gewählt. Der jüngst an die Universität Berlin berufene Heinrich Mitteis wurde Ende Juni 1946 zum Ordentlichen Mitglied gewählt, und diese Wahl galt gleichermaßen dem exzellenten Juristen, der auch als Justitiar der Akademie zur Verfügung stehen sollte, und dem 1934 vor den Nazis von Heidelberg nach Wien ausgewichenen, der dann 1940 an die wohl rangniedrigste deutsche Juristenfakultät, nämlich die in Rostock, versetzt worden war. Damit waren im ersten Halbjahr 1946 fünf neue Ordentliche Mitglieder aufgenommen worden, von denen vier an der Arbeit der Akademie teilnahmen.

Noch im Sommer 1946 wurde einstimmig - mit 18 Stimmen - Otto Warburg aufgenommen, wohl der einzige weiterhin in der Stadt anwesende Direktor eines Kaiser-Wilhelm-Institutes, zudem Nobelpreisträger. Doch auch diese Zuwahl hatte eine "wiedergutmachende" Komponente: Warburg war nach den alten Regeln nicht "rein-arisch" und als solcher vor 1945 nicht akademiewürdig. Mitteis und Warburg sind offenbar nach der Wiedereröffnungsfeier unter den Auspizien der Zentralverwaltung von deren Präsident Paul Wandel bestätigt worden, während die Januar-Wahlen und Mitgliedschaftsregelungen dem Magistrat lediglich mitgeteilt worden waren.

Auch wenn die Akademie jetzt Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin hiess und den Anspruch einer Nationalakademie anmeldete, diente die nächste Wahlrunde Mitte September 1946 wieder der Erweiterung der Berliner Mitgliedschaft mit Eduard Kohlrausch (Jura), Carl Weickert (Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts), Kurt Noack (Botanik) sowie Richard Thurnwald (Ethnologie) zu Ordentlichen Mitgliedern. Obgleich Stille Bedenken wegen Thurnwalds hohen Alters (Jahrgang 1869) äußerte, wurde Thurnwald zum Mitglied gewählt: es ging auch in diesem Fall um politische Wiedergutmachung. Theodor Frings in Leipzig, der sich dort als einer der wenigen Stabilitäten der alten Schule erwiesen hatte und zudem als maßgebender Kardinal, wenn nicht gar Papst der deutschen Altgermanistik gehandelt wurde, wird "auswärtiges Ordentliches Mitglied", eine Kategorie, die seit dem Sommer 1945 in den Satzungen und Satzungsentwürfen zwar nicht mehr vorkommt, aber offensichtlich nach wie vor als Mitgliederkategorie - sie war 1934 eingeführt worden, um einige Ordentliche Mitgliedschaften von der Berliner Residenzpflicht zu entkoppeln - in den Köpfen der Berliner Akademiker festsass. Mit dem Heidelberger Otto Regenbogen wird ein Klassischer Philo-

loge zum Korrespondierenden Mitglied gewählt, der 1935-45 seine Professur hatte aufgeben müssen.

Schon vorher hatte das Plenum auf Antrag Stilles der Regelung zugestimmt, daß die 1938 zum Austritt gedrängten und danach verstorbenen - er nannte Eduard Norden, Max Sering und Adolf Goldschmidt - als verstorbene Ordentliche Mitglieder zu führen sind, und ebenso sollen James Franck und Max Born, die im amerikanischen Exil nichts von ihrer Streichung als Korrespondierende Mitglieder erfahren haben dürften, wieder und weiter als Korrespondierende geführt werden. Und im November 1946 beschloß das Plenum, daß die "damals abgegebenen Austrittserklärungen als nicht gegeben angesehen werden (sollen)." Das Bemühen um die Rückgängigmachung der Austritte, der erzwungenen Austritte und Streichungen führt in der Regel bis 1950 zur tatsächlichen oder nachträglichen Korrektur der Mitgliederliste - wobei man in etlichen Fällen erst nach dem Verbleib der Ausgegrenzten recherchieren muß. Von den Lebenden verweigert sich allerdings der bekannteste, der 1933 ausgetretene Albert Einstein diesem Ritual.

Doch unterdessen begannen sich die Konsequenzen der neuen Machtverhältnisse und Interessenlagen auszuwirken. Die Zuordnung der Akademie zur Zentralverwaltung unter der Oberaufsicht der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) und die Erweiterung der Gelehrten-gesellschaft zu einer Institution mit eigenen Forschungsinstituten führten auf der wissenschaftspolitischen Ebene zu einem schubweisen Verlust von kaum genossener Autonomie, auf der anderen Seite zu ungeahnten Gestaltungsmöglichkeiten auf der wissenschaftsorganisatorischen Ebene, solange die staatlichen Vorgaben und später die Beschlüsse aus der Parteizentrale nicht als fehlgeleitete Gängelung empfunden wurden. Noch während der Auseinandersetzungen über das neue Statut der Akademie ließ Solutuchin von der SMAD Anfang Oktober 1946 die Akademiespitze wissen, daß "vor einer Neuregelung [des Wahlverfahrens] Neuwahlen nicht vorgenommen werden (können)".

Im März 1947 kommt es nur zur Wahl zweier Ordentlicher Mitglieder: Karl-Friedrich Bonhoefer und Eilhard Mitscherlich. Bonhoefer war eine wissenschaftlich unumstrittene Kapazität, und hatte, aus Leipzig kommend, einen Ruf an die Universität Berlin angenommen, wurde im Herbst 1947 zum Sekretar gewählt und übernahm 1948 das Direktorat des vormaligen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie (das heutige Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft) in Berlin-Dahlem. Der

Agrarwissenschaftler Mitscherlich, 1941 in Königsberg/Pr. emeritiert und 1946 an die Universität Berlin berufen, war international anerkannter Nestor der Kulturtechnik, und brachte eine vielleicht zum ersten Mal deutlich werdende Qualität mit: er repräsentierte ein Fach, dessen Praxisbezug angesichts des Hungerns im Lande keiner bestreiten konnte. Einen ersten Schritt auf das internationale Parkett bedeutete die gleichzeitige Wahl des Baseler Romanisten Walter von Wartburg zum Korrespondierenden Mitglied, dessen Mitgliedschaft im Sommer derart modifiziert wurde, daß ihm während seines Aufenthaltes in Berlin die Rechte eines Ordentlichen Mitgliedes zustanden. Wartburg war lebender Beweis und Symbol der Internationalität der Akademie, die Gegenleistung bestand darin, daß Wartburg ein Wörterbuchprojekt, das ihm in der Schweiz niemand finanziert hätte, in einer Forschungsstelle der Akademie bearbeiten lassen konnte.

Ein Jahr später - März 1948 - fand eine entscheidende Unterredung des Präsidiums der Akademie mit dem Präsidenten der Zentralverwaltung statt. Wandel forderte u.a. von der Akademie einen "Beitrag zur Neugestaltung des wissenschaftlichen Lebens" in "Verbindung der wissenschaftlichen Arbeit mit den praktischen Notwendigkeiten beim Wiederaufbau", was wiederum nur möglich sein würde, "wenn das Plenum [der Akademie] die richtige Zusammensetzung aufweist". Wobei "richtige Zusammensetzung" in diesem Kontext eher als richtige Zusammensetzung von Disziplinvertretern gelesen werden sollte und - noch - keine *political correctness* erwartet wurde. Trotz deutlich formulierter Vorbehalte und Verweis auf die allzu knappe Personaldecke wirklich qualifizierter Gelehrter stimmte das Präsidium Wandels Argumenten zu und willigte in eine - noch genauer zu definierende - große Umgestaltung ein. Daß die Akademie verstärkt praxisbezogenen und volkswirtschaftlich nutzbringende Forschung betreiben sollte, war offensichtlich. Doch welche konkreten Konsequenzen diese neue Kursbestimmung für die Mitgliedschaft haben könnte, blieb vorerst ungeklärt. Und tatsächlich setzte jetzt eine längere Phase der Lähmung - oder des versuchten Zeitgewinns - ein.

Im gleichen Jahr 1948, als die Spaltung der Stadt und des Landes sich schrittchenweise und mitunter in abrupten Wendungen materialisiert, reichen erstmals in größerem Masse wissenschaftliche, aber auch nichtwissenschaftliche Institutionen und Personen nach öffentlicher Aufforderung der Akademie Vorschläge für neue Akademiemitglieder aufgrund der Feststellung vakanter, disziplinar festgelegter Stellen ein. Die seit Herbst 1946 gültige Satzung sah neben der bislang üblichen Nominierung durch

Akademienmitglieder auch diese Form der Beteiligung außenstehender Organisationen vor, wobei vor allem an die anderen deutschen Akademien und die Universitäten gedacht war. Doch begnügte man 1948 sich mit der Sammlung der Vorschläge, ohne daß man irgendwelche nennenswerten Aktivitäten entfaltete. Fritz Hartung, Sekretar der Philosophisch-Historischen Klasse (seit dem Sommer 1945), faßte seine Eindrücke im Januar 1949 in einem Brief an Eduard Spranger, der 1946 Berlin verlassen hatte, zusammen:

Die Akademie ist anscheinend in Ungnade gefallen. Wenigstens ist von den großen Versprechungen, mit denen sie seiner Zeit bei der Wiedereröffnung beglückt worden ist, so gut wie nichts erfüllt worden, und ihre Publikationsmöglichkeiten sind sehr gering. Am meisten Sorge bereitet mir der Mitgliederbestand, der immer mehr zurückgeht und dessen Auffrischung so gut wie unmöglich ist. Wir brauchen Leute, die sich hier in Berlin aktiv an den Arbeiten beteiligen können. Aber wo sind diese? Die große Ausschreibung vakanter Stellen, die in diesem Sommer nach russ. Muster veranstaltet worden ist, hat keinerlei Ergebnis gehabt, was mir von vornherein klar war ... Einstweilen halten wir alle 14 Tage eine Sitzung mit einem mehr oder minder interessantem Vortrag. Aber wenn wir nicht bald Nachwuchs finden, läßt sich dieses Programm nicht mehr durchführen; schon jetzt ist es davon abhängig, daß die 70jährigen von ihrem Privileg, nicht mehr zu lesen, keinen Gebrauch machen.

Davon lebt ja sowohl die Akademie wie die Universität, daß noch ein Stamm von Gelehrten aus der besseren alten Zeit (gut kann man sie ja auch nicht mehr nennen) vorhanden ist u. sich bemüht, das alte Niveau zu halten. An der Akademie mache ich einstweilen noch mit, denn da gibt es noch etwas zu halten. Aber an der Universität habe ich den Kampf aufgegeben, nicht aus Feigheit, auch nicht aus Müdigkeit, sondern aus dem Gefühl heraus, daß ich mich an dem Rückgang mitschuldig mache, wenn ich weiter lese und den Kurs der Verwaltung ignoriere.

Jedenfalls haben Sie mit der Übersiedlung nach Tübingen der besseren Teil erwählt.

Inzwischen hatte die Spaltung Berlins durch die beiden Währungsreformen, die Blockade der drei Westsektoren und die Installierung eines neuen Magistrats in Ost-Berlin deutliche Formen angenommen. Zudem war auf Drängen eines kleinen Teiles der Studentenschaft der Universität Berlin mit Rückendeckung des Magistrats und, allerdings erst nach langem Zögern, der Unterstützung der amerikanischen Besatzungsbehörden die

Freie Universität Berlin in Dahlem gegründet worden. Die Zentralverwaltung war also durch den Lauf der Ereignisse gedrängt, aktiv zu werden und das Wissenschaftssystem in der SBZ in jeder Hinsicht attraktiv zu gestalten, und das hieß: nicht unattraktiver als in den drei Westzonen. Gleichzeitig war, wie Hartung festgestellt hatte, die Mitgliedschaft aus Altersgründen und auch des Weggehens in den Westen geschrumpft. Akademieintern hatte Mitte Februar 1949 der Rücktritt Bonhoefers als Sekretar und sein Weggang nach Göttingen, wo er ein Max-Planck-Institut übernahm, erhebliche Erschütterungen ausgelöst: ob denn nun die Akademie auf ihr Ende zusteure oder etwas völlig fremdes werde, wurde gefragt und befürchtet. Doch gleichzeitig fanden in beiden Klassen - mit bestenfalls jeweils 10 abstimmenden Mitgliedern - die ersten größeren Zuwahlschübe seit Kriegsende statt: das Plenum mit höchstens fünfzehn Anwesenden wählte elf Naturwissenschaftler:

Friedrich Hund/Jena (Physik),

Rudolf Seeliger/Greifswald (Experimentalphysik),

Hans Ertel/Humboldt-Universität zu Berlin (Geophysik),

Jean d'Ans/Technische Universität Berlin (Technische Chemie),

Walter Gothan/Humboldt-Universität zu Berlin (Paläobotanik),

Karl Lohmann/Humboldt-Universität zu Berlin (Medizin und Biochemie),

Walter Friedrich/Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin (Medizinische Physik),

Hans Stubbe/Halle-Wittenberg, auch Direktor des vormaligen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben (Genetik),

Ernst Mangold/Humboldt-Universität zu Berlin (Ernährungsphysiologie der Haustiere),

Heinrich Barckhausen/Dresden (Elektrotechnik) und

Ludwig Binder/Dresden (Elektrotechnik)

- von denen in der Klasse nur auf Mangold eine Stimmhaltung fiel.

Außerdem wurden sieben Geisteswissenschaftler gewählt:

Otto de Boor/Leipzig (Jura),

Arthur Baumgarten/Humboldt-Universität zu Berlin (Rechtsphilosophie), gleichzeitig auch Professor an der Pädagogischen Landeshochschule in Potsdam und Präsident der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Forst Zinna, der später in Potsdam-Babelsberg ansässigen Institution, (übrigens als Mitgründer der schweizerischen kommunistischen "Partei der Arbeit" und später Mitglied der SED der erste Marxist-Leninist in der Akademie),

Karl Vossler/München (Romanistik),

Richard Hamann/Universität Marburg und Humboldt-Universität zu Berlin (Kunstgeschichte),

Ludwig Justi, seit 1946 Generaldirektor der Staatlichen Museen in Berlin, d.h. ab 1949 in Ost-Berlin,

Ernst Hohl/Humboldt-Universität zu Berlin (Alte Geschichte),

Wilhelm Unverzagt/Humboldt-Universität zu Berlin (Ur- und Frühgeschichte)

- wobei Baumgarten in der Klasse die einzige Gegenstimme erhalten hatte, während es bei Hamann und Justi zwei bzw. drei Enthaltungen gab; im Plenum wurden je eine Enthaltung bei Baumgarten, Hamann und Unverzagt gezählt, sowie drei Enthaltungen bei Justi.

Diese Zuwahlen waren zuvor mit Wandel be- und abgesprochen worden, der bis auf d'Ans von der Technischen Universität Berlin sämtliche Gewählten bestätigte. Mit dieser Zuwahl hatte die Akademie einen Weg in Richtung auf eine zonale Akademie eingeschlagen, denn nur Vossler und Hamann lebten außerhalb der SBZ oder Ost-Berlins: Doch war Vossler als Nestor der deutschen Romanistik gewählt worden und starb bereits im Mai 1949, und Hamann pendelte zwischen Ost-Berlin und Marburg.

Und so liest sich die Kulturverordnung vom März 1949, die mit vollem Wortlaut "Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz in der Produktion und im öffentlichen Leben" heißt, als Antwort auf die Konsolidierung und Attraktivität des Wissenschaftssystem in den drei Westzonen mit vielleicht einer besonderen Spitze gegen die Freie Universität in Berlin-Dahlem. Doch läßt sich die Kulturverordnung auch als substantielle Ausfüllung der von Wandel vorgetragenen Argumente für eine gründliche Reorganisation der Akademie lesen. Die Akademie sollte in "das höchste wissenschaftliche Zentrum Deutschlands umgestaltet" wer-

den, sie erhielt neue Gebäude, darunter das Haus am Gendarmenmarkt - die vormalige Preußische Staatsbank, die "Seehandlung" -, und neue oder vergrößerte Institute. Ihre Mitglieder und leitenden Mitarbeiter wurden deutlich erhöhte steuerfreie Zuwendungen, die Möglichkeit von Einzelverträgen, auch Zusatzgehälter, günstige Kreditmöglichkeiten - auch für den Bau von Einfamilienhäusern - zugestanden. Bei all dem orientierte man sich - wenn auch verklausuliert - an vergleichbaren Westgehältern bei einem Wechselkurs von 1:4. Also eine Politik der finanziellen Privilegierung und eine amtlicherseits betriebene Prestige- und Staturerhöhung.

Die Anzahl der Planstellen für aktive Mitglieder war durch die Kulturverordnung von 60 auf 120 verdoppelt worden, was angesichts der Tatsache, daß es bestenfalls 30 Aktive gab, die sich schwer taten, Nachwuchs zu finden, erstaunlich war. Gleichzeitig wurde eine neue Klasseneinteilung festgelegt, die die seit 1830 geltende organisatorische und numerische Parität zwischen den Natur- und Geisteswissenschaften aufhob: neben vier naturwissenschaftlichen Klassen existierten nur zwei gesellschaftswissenschaftliche. Die Gründung dieser sechs Klassen wurden vom Plenum im April beschlossen und in den nächsten Monaten mit der Wahl der neuen Sekretare eingerichtet. In diesem Zusammenhang erfolgte schließlich im Juli 1949 eine weitere Wahlrunde. Doch zuvor fand eine Besprechung Wandels mit dem Präsidium der Akademie statt. Hier legt Wandel nur noch autoritativ fest, was zu geschehen habe: Mit Heubner, der an die Freie Universität gegangen war, sei keine Verbindung mehr möglich, es sei allerdings auch keine formelle Änderung der Mitgliederliste nötig. Die Bestätigung von d'Ans behalte er sich weiterhin vor, der vorgeschlagene Pflanzengenetiker Hans Kappert, dessen Institut im Westteil Berlins lag, werde nur bestätigt, wenn er sich nicht für die Dahlemer Universität ausspreche.

Am 7. Juli 1949 trat das Plenum zusammen, um die Wahlvorschläge der Klassen anzuhören. Hartung hatte durch Absprache mit den drei anderen aktiven Mitgliedern in seiner neuen Klasse für Gesellschaftswissenschaften erreichen können, daß keinerlei Wahlvorschläge gemacht wurden, während alle anderen neuen Klassen Kandidaten präsentierten. Doch dann geschah etwas unerwartetes: "Auf Anfrage von Herrn Stille, warum außer Prof. [Hans Heinrich] Franck kein weiterer Vertreter der TU in Berlin zur Wahl vorgeschlagen werde, entsteht eine Diskussion." Schließlich verließen der Sekretar der Klasse für technische Wissenschaften Hans Nordmann von der Technischen Universität Berlin, sein Dresdener Kollege Ludwig Binder und Vizepräsident Hans Stille die Sitzung und zogen

sich zu einer Beratung zurück. Nach ihrer Rückkehr erhält Nordmann das Wort und schlägt drei Mitglieder der TU Berlin vor: Franz Dischinger (Stahlbeton), Friedrich Sass (Maschinenbau) und Gustav Leithäuser (Elektrotechnik), der gleichzeitig Direktor am Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin war. Die Initiative von Nordmann, Binder und Stille bedeutete einerseits, daß Kandidaten im Plenum zur Wahl vorgeschlagen wurden, über die die zuständige Klasse gar nicht befunden hatte. Zweitens war Francks Position an der Technischen Universität sehr prekär, da er dort die Politik der SED vehement vertrat und sich damit im Westteil der Stadt in eine Randlage manövriert hatte (ähnlich der Robert Havemanns an den ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Instituten in Dahlem). Insofern wäre die alleinige Wahl Francks wissenschaftspolitisch alles andere als repräsentativ für die Technische Universität gewesen. Doch andererseits war es ein krampfhafter Versuch in letzter Minute, die Akademie auch im Westen Berlins fest zu verankern und somit die auffällig werdende Erweiterung eben nicht zu einer nationalen, sondern lediglich zonalen Akademie zu neutralisieren. Daß kein Weg von Dahlem an den Platz der Akademie führte, war allein schon aufgrund der Gründungsgeschichte der Freien Universität klar und zudem von Wandel deutlich festgelegt worden; die Technische Universität Berlin dagegen, die bis Mitte 1949 in letzter Instanz den Britischen Behörden unterstanden hatte und erst danach dem Magistrat von Berlin, d.h. West-Berlin, unterstellt wurde, schien dagegen ein freundlicheres Terrain zu sein - nicht zuletzt dadurch, daß die lange kaum akademiewürdigen Techniker - im Jargon der Nichttechniker "Klempner" - an der Akademie jetzt besonders hofiert wurden und an Status gegenüber den geistes- oder jetzt: gesellschaftswissenschaftlichen und theoretischeren Disziplinen deutlich aufholten.

Präsident Stroux besprach diesen Vorgang mit Wandel und teilte dem Plenum am 14. Juli 1949 vor Beginn der Wahlen mit, daß der Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung mit der möglichen Wahl Leithäusers nicht einverstanden sei, hingegen die bisher unsicheren Kandidaten Nicolai Gulecke/Jena (Medizin) und Erich Thilo/Humboldt-Universität zu Berlin (Chemie) bestätigen werde. Außerdem werde er den Hallenser Blohm (landwirtschaftliche Betriebslehre) nur dann bestätigen, wenn auch der Rostocker Asmus Petersen (gleiches Fach und SED-Mitglied) gewählt werde. Daraufhin wurde beschlossen, die Abstimmung über Blohm und Petersen zu verschieben, während über die anderen Kandidaten - ohne Leithäuser - abgestimmt wurde. Wandels Mißtrauen gegen

Leithäuser bestätigte sich bald: Leithäuser hielt sein Spagat zwischen Professur an der Technischen Universität im Westen und Direktor des Heinrich-Hertz-Institutes der Akademie im Osten bis zum Sommer 1950 durch; dann gab er das Akademieinstitut auf und blieb an der Technischen Universität.

Es gab - bei höchstens 27 Abstimmenden - nur eine Nein-Stimme, die sich gegen Franck richtete, und deutliche Enthaltungen bei Theodor Brugsch/Humboldt-Universität zu Berlin (Medizin) und gleichzeitig Vizepräsident der Zentralverwaltung für Volksbildung, also Stellvertreter Wandels, nämlich sechs, während bei Hermann Stieve/Humboldt-Universität zu Berlin (Anatomie), Fritz Neubert/noch Humboldt-Universität zu Berlin, kurz darauf an der Freien Universität Berlin (Romanistik) und Werner Krauss/Leipzig (Romanistik) jeweils vier Enthaltungen gezählt wurden. Als zwei Wochen später über Blohm und Petersen abgestimmt wurde, waren 36 stimmberechtigte Mitglieder anwesend: Blohm wird mit 27:0:9, und Petersen mit 19:4:13 gewählt. Von den insgesamt 29 neu hinzugewählten kommen drei aus Westdeutschland und vier von der Technischen Universität Berlin (von denen allerdings einer - Franck - binnen Jahresfrist an die Humboldt-Universität zu Berlin wechselt).

Hier jetzt abzubrechen, ist im Kontext der Zuwahlregelungen an der Akademie vielleicht eine unübliche Zäsur, doch gehört die nächste Etappe zum Themenkreis der 250-Jahresfeier der Berliner Akademie im Sommer 1950, dem mediengerecht inszenierten Skandal um den Geburtstagsbrief von Akademiepräsident Stroux an Stalin und den Bestrebungen um eine diskrete Schadenbegrenzungspolitik in der Akademie. Es ist die Wechselwirkung zwischen den Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Existenz der Akademie auf den einen Seiten und den Übereinkünften über die Manipulationen der eigenen Spielregeln auf den anderen Seiten, die diesen Abschnitt der Berliner Akademiegeschichte zu einer durchaus spannenden Geschichte macht - und das ist ja mehr, als man als Historiker gemeinhin erwarten darf.¹

¹ Der Vortrag ist ein Ausschnitt und Einblick in eine größere Studie mit dem Arbeitstitel "Mit den preußischen Traditionen zur sozialistischen Nationalakademie der DDR: Die Akademie der Wissenschaften in [Ost-] Berlin 1945/46-1972". Der Vortragstil wurde weitgehend beibehalten, und auf Fußnotenbelege, die allzuoft ellenlange Kommentare verlangen, wurde hier verzichtet.